Verbandsgemeinde Bodenheim

Bodenheim, den 12. März 1973

E i n l a d u n g

Zu einer Sitzung der
Verbandsgemeindevertretung

am Dienstag, den 20. März 1973 um 19.00 Uhr im Film- und Feierraum der Schule Bodenheim lade ich Sie hiermit ein.

T a g e s o r d n u n g

1. Tagungsort der Verbandsgemeindevertretung (Antrag der SPD-Fraktion vom 25.1.1973)
2. Nahbereichsuntersuchung und Erstellung eines Entwicklungsplanes (Antrag der SPD-Fraktion vom 6.2.1973)
3. Einrichtung einer Sozialstation (Antrag der SPD-Fraktion vom 7.2.1973)
4. Schulkindergarten (Anfrage der SPD-Fraktion vom 7.2.1973)
5. Gründung eines Volksbildungswerks für das Gebiet der Verbandsgemeinde (Antrag der CDU-Fraktion vom 8.2.1973)
6. Gründung eines Verkehrsvereins für das Gebiet der Verbandsgemeinde (Antrag der CDU-Fraktion vom 15.2.1973)
7. Verleihung eines Prädikats für gastronomische Betriebe mit geprüften Ausschankweinen (Antrag der CDU-Fraktion vom 2.3.1973)
8. Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde und der verbandsangehörigen Gemeinden
9. Mietvertrag über das Rathaus der Gemeinde Bodenheim
10. Unterrichtung über zusätzliche Aufgaben der Verbandsgemeindeverwaltung nach dem 11. Verwaltungsvereinfachungsgesetz
11. Benennung der Vertreter der Eltern, Lehrer und Religionsgemeinschaften für den Schulausschuß

Verbandsbürgermeister

Fraktion der SPD
in der Verbandsgemeinde
Bodenheim

25.1. 1973

An die
Verwaltung der
Verbandsgemeinde Bodenheim
6501 Bodenheim
Gemeindeverwaltung

Betr.: Antrag der SPD - Fraktion

hier: Tagungsort der Verbandsgemeindevertretung

Die Verbandsgemeindevertretung möge in ihrer nächsten Sitzung dem folgenden Antrag zustimmen:

"Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Sitzungen der Verbandsgemeindevertretung abwechselnd in den fünf verbandsangehörigen Gemeinden stattfinden können."

Begründung: erfolgt mündlich

Für die Fraktion der SPD:

Ollig
(Fraktionsvorsitzender)

Fraktion der SPD
in der Verbandsgemeinde
Bodenheim

6. Februar 1973

An die
Verwaltung der
Verbandsgemeinde
Bodenheim

B o d e n h e i m

Betr.: Antrag der SPD-Fraktion;
hier: Nahbereichsuntersuchung und Erstellung eines Entwicklungsplanes

Die Verbandsgemeindevertretung möge in ihrer nächsten Sitzung folgendem Antrag zustimmen:

"Die Verwaltung wird beauftragt, für den Raum der Verbandsgemeinde eine Nahbereichsuntersuchung durchzuführen und einen Entwicklungsplan zu erstellen. Dabei sollte ein sehr enger Kontakt mit den umliegenden Gemeinden, insbes. der Stadt Mainz, gepflegt werden.

Begründung

Die Erfahrungen zeigen, daß es heute nicht mehr möglich ist, Einzelentscheidungen - z. B. auf dem Gebiet des Bauwesens - zu treffen, ohne den Gesamtraum zu sehen und die umfassende Versorgung der Bürger zu sichern.

Es zeigte sich bisher, daß der Mainzer Raum mehr und mehr an Attraktivität gewinnt und der Bevölkerungszuwachs stark anhält. Ein Blick auf die Neubaugebiete in unseren 5 Gemeinden bestätigt diesen Trend. Gerade für unseren Raum ist deshalb eine derartige Nahbereichsuntersuchung und ein Entwicklungsplan von besonderer Notwendigkeit.

Wir müssen deshalb diese Verbandsgemeinde als eine Einheit sehen, bei der es gilt, sinnvoll und planmäßig Konzepte zu erstellen. Konzepte in vielfältigster Art, die zum Teil ineinander übergreifen und deshalb sorgfältig aufeinander

abgestimmt sein müssen. Die SPD denkt hierbei insbesondere an folgende zu beachtende Schwerpunkte:

Flächennutzungsplanung
Umweltschutz
Bau- und Wohnungswesen
Verkehrsplanung
Gesundheitswesen
Schulwesen
Soziale Betreuung
Kultur- und Sportförderung
Naherholung
Weinwerbung
Fremdenverkehrsförderung
Gewerbe- und Industrieansiedlung
Investitionsplanung

Wichtigstes Ziel unserer Arbeit sollte es nach Auffassung der SPD sein, den Wohnwert in unserem Raum zu steigern. Kurz gesagt: Unsere Bürger sollten sich wohlfühlen. Das setzt voraus, daß der Daseinsvorsorge im weitesten Sinne ein breiter Raum gewidmet werden muß.

Uns allen ist nicht damit gedient, wenn wir in unseren Gemeinden für Bebauungen sorgen und den Bürgern keine Möglichkeit bieten können, ihre Freizeit sinnvoll gestalten zu können. Dies gilt im besonderen Maße für die Bürger, welche einen großen Teil ihrer Zeit in der Gemeinde verbringen, nämlich unsere älteren Mitbürger, unsere Jugendlichen und die Mütter.

Unabhängig von Kompetenzschwierigkeiten gilt es, Wege aufzuzeigen, die es ermöglichen, an geeigneten Stellen z. B. Altenzentren, Jugendzentren, Sport- und Freizeitzentren usw. zu errichten.

Deshalb gilt es, Vorhandenes zu ermitteln, nach Möglichkeit auszubauen, Neues zu gestalten und allen Bürgern durch gute Verkehrsverbindungen das Geschaffene zur Verfügung zu stellen.

Eine Forcierung dieser Aufgabe durch den Verbandsbürgermeister würden wir sehr begrüßen. Denn es sind in letzter Zeit Anträge

aller Fraktionen gestellt worden, die einen Teil der von uns hier aufgezeigten Maßnahmen ansprechen. Eine planvolle Durchführung zum Wohle aller Bürger in dieser Verbandsgemeinde setzt allerdings eine frühzeitige Koordinierung voraus. Gerade durch die Bildung der Verbandsgemeinden besteht die Möglichkeit, neue Wege zu beschreiten. Der von der SPD-Fraktion gestellte Antrag wäre ein Anfang und eine wichtige Entscheidungshilfe.

Wir stellen uns dabei vor, daß die Verwaltung zunächst allen Fraktionen umgehend die ermittelten Ist-Stände zur Verfügung stellt.

Für die Fraktion der SPD